

Carimagua - Land für Palmenunternehmen, nicht für Vertriebene

Die Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien *ask* hat schon verschiedentlich darauf hingewiesen, dass der Boom der Agrotreibstoffe den Druck auf Land erhöht und Massnahmen zur Agrarreform erschwert. In diesen Tagen erreichte uns dazu ein neues, klares Beispiel aus Kolumbien.

Die tragikomische Geschichte dreht sich um das Grundstück Carimagua mit 17'000 Hektaren. Diese Hacienda liegt im Departement Meta, einem der Zentren der Agrotreibstoffproduktion. Seit Jahren war dieses Stück Land dafür vorgesehen, intern vertriebene Kleinbauern anzusiedeln. Ein Abkommen von 2004 sah vor, dieses Land im Rahmen der Politik zu Gunsten intern Vertriebener an Gewaltopfer zu übertragen. Das Grundstück schenkte die Kolumbianische Landwirtschaftliche Forschungsanstalt CORPOICA im Jahre 2004 dem Institut für Landreform und ländliche Entwicklung Incoder, das es an Landlose und Gewaltopfer verteilen sollte. Dem behördlichen Schlendrian ist es zuzuschreiben, dass das Land auch drei Jahre später nicht verteilt war.

Im Juli 2007 entschied das Incoder unter Landwirtschaftsminister Felipe Arias, das Grundstück Privaten zu übertragen und schrieb das Land zur Verpachtung während 50 Jahren an Agro-Unternehmer aus. Die zukünftigen privaten Investoren werden die ersten zehn Jahre pro Hektare und Jahr weniger als 10 Franken als Pachtzins bezahlen müssen, die nächsten 40 Jahre etwa 70 Franken. Anfang Februar 2008 wurde diese abrupt getroffene Entscheidung publik. Die Argumente für die Umnutzung grenzen z.T. ans Lächerliche. So behauptete der Landwirtschaftsminister, das Land sei schlecht erschlossen, habe kaum Infrastruktur und der Boden sei fast unfruchtbar. Präsident Uribe unterstützt die Entscheidung seines Landwirtschaftsministers und hält fest: „Ich finde grosse agroindustrielle Projekte interessanter, als einfach Land zu parzellieren, wo dann nur Hütten, Armut und Unkraut spriessen“.

Interessant ist: Aus Protest gegen die staatliche Untätigkeit hat eine Gruppe Landloser das Grundstück vor einigen Monaten besetzt. Nun müsste also die Polizei dafür sorgen, dass diese (rechtmässigen) Besetzer wieder entfernt werden, damit es – in Verletzung der ursprünglichen Vereinbarung an Private gehen kann.

Linke Parlamentarier, grosse Medien und der Oberste Rechnungsprüfer haben diese Pläne der Regierung kritisiert. Der *Procurador* verlangte, dass dieses Land wie vorgesehen an 80 landlose Familien verteilt werde. Andernfalls wolle er die Entscheidung der Regierung juristisch anfechten. Denn es stellt sich die Frage, ob erstens das Incoder dieses ausdrücklich zur Verteilung an Landlose bestimmte Grundstück einfach an private Investoren übertragen kann. Zweitens, ob dieses Vorgehen verfassungskonform ist, denn die Verfassung gibt bei der Landzuteilung klar den Vertriebenen und Landlosen den Vorrang. Pikanterweise hat das Verfassungsgericht die Regierung Uribe vor Kurzem erneut gerügt, weil sie dem verfassungsmässigen Auftrag der Unterstützung der Vertriebenen nicht nachkomme, insbesondere was die Landzuteilung anbelange.

Die grösste Tageszeitung Kolumbiens, El Tiempo, erhielt Einsicht in einen Bericht, aus dem klar hervorgeht, dass das Land für produktive Projekte mit Kleinbauern geeignet ist. Laut diesem Bericht waren Projekte mit Forstwirtschaft (Kautschuk, Edelholz und Palmen), Viehzucht und Nahrungsmitteln für den Eigenbedarf geplant, und verschiedenste Organisationen hatten technische und finanzielle Unterstützung zugesagt. Die anzusiedelnden Landlosen und Vertriebenen sollten in Vereinigungen organisiert werden, um den Boden effizienter bearbeiten zu können. Das Terrain wurde genau wegen seiner guten Verkehrserschliessung, Infrastruktur und Bodeneigenschaften für dieses Projekt ausgewählt. Es verfügt über Strom, Wasser, Dutzende Häuser und sogar eine Landepiste!

Die Regierung behauptet zur ihrer Verteidigung nun aber genau das Gegenteil. Dieser Boden könne nur produktiv sein, wenn mehrere Millionen Franken investiert würden, denn er sei sauer und verwahrlost. Weder der Staat noch die Vertriebenen würden über dieses Geld verfügen, deshalb müsse auf private Investoren zurück gegriffen werden. Dank privaten Investoren könnten aber bis zu 1500 Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit den Gewinnen aus dem Projekt könnte dann andernorts fruchtbares Land für Vertriebene gekauft werden. Die Regierung wolle kein schlechtes Land an Vertriebene verteilen.

Gemäss verschiedenen Experten und Politikern sind die Argumente der Regierung haltlos und ihr Vorgehen illegal. Zudem sei es kein Einzelfall. In Buga im Departement Valle wurde vor kurzem bekannt, dass 700 Vertriebene das versprochene Land nun ebenfalls nicht erhalten sollen.

Schon lange zeichnet sich die Tendenz der Regierung Uribe ab, die Agrarreform auszuhebeln und das Land nur privaten Investoren und Grossgrundbesitzern zuzuteilen. Uribes Regierung behauptet, private Investoren seien viel effizienter als Kleinbauern, und würden gute Arbeitsplätze schaffen. Immer wieder lässt der Landwirtschaftsminister verlauten, die Landbevölkerung und die Vertriebenen wollten kein Land, sondern Arbeitsplätze.

Doch den Kleinbauern und Landlosen ist sehr wohl bewusst, dass die angebotenen Arbeitsplätze ein würdiges und sorgenfreies Leben nicht ermöglichen, sondern sie vielmehr der Willkür und Ausbeutung durch die Latifundisten aussetzen werden. Deshalb kämpfen breite Kreise von Vertriebenen, Gewaltopfern, Landlosen und Kleinstbauern für ein eigenes Stück Land und staatliche Unterstützung, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Doch diese Kleinstbauern und Landlosen, die für ihr eigenes Stück Land kämpfen, werden totgeschwiegen, diffamiert und bedroht. Und führen sie ihren Kampf ums Land allzu hartnäckig, scheuen die Grossgrundbesitzer und Palmölproduzenten auch vor Morden nicht zurück.

Quellen:

www.caracol.com.co, 11. Februar 2008

www.eltiempo.com, 10. und 11. Februar 2008

http://www.polodemocratico.net/spip.php?page=imprimir&id_article=3776

<http://senadorrobledo.org/?q=taxonomy/term/50&page=1>

Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien *ask*, 25. Februar 2008